Wir haben gelernt wie die Vögel zu fliegen, wie die Fische zu schwimmen, doch wir haben die einfache Kunst verlernt: wie Brüder zu leben.
Martin Luther King

Liebe Friedensfreundinnen und-freunde,

es ist mal wieder Zeit für einen Newsletter um über die anstehenden Termine und Veranstaltungen zu berichten und ein wenig Rückschau zu halten.
In wenigen Tagen ist der internationale Frauentag. Er steht unter dem Motto „FEMINISMUS – Wie wir leben wollen!“. Zahlreiche Veranstaltungen laden zum Diskutieren, teilnehmen und protestieren ein – vielleicht wichtiger denn je. Wir haben zwei Veranstaltungen mit Beteiligung von Friedensbüro und DFG-VK herausgepickt, liefern euch aber im Anhang auch das komplette Programm. Online findet sich auch das gesamte Programm zum Download (frieden-hannover.de).

Der nächste zentrale Termin ist der diesjährige Ostermarsch. Am 15.4. werden wir von der Ägidienruine zum Steintor ziehen. „Es geht auch anders: Investieren in Frieden und Gerechtigkeit – nicht in Waffen und Krieg“ ist in diesem Jahr unser Motto. Wir freuen uns auf zahlreiche Teilnahme.

Aber auch der vergangene Protest gegen die Präsenz der Bundeswehr in Hildesheim und die Verschiffung von Militärausrüstung in Bremerhaven, wo wir den Widerstand unterstützten soll nicht unerwähnt bleiben und wird hier im Newsletter dargestellt.
Überhaupt ist die Bundeswehr immer massiver am Werben – insbesondere um Kinder und Jugendliche. Die Anzahl minderjähriger Soldat*innen hat ein Rekordhoch erreicht. Eine Kampagne unter18nie (http://unter18nie.de/) wendet sich dagegen. Bitte unterstützt uns darin!
Ein wichtiges gesellschaftliches Anliegen ist der Schutz von Menschen die flüchten müssen und von Abschiebung bedroht sind. Insbesondere Afghanistan wird wahltaktisch gesteuert zum sicheren Land erklärt und Menschen abgeschoben. Wir haben uns an den Protestaktionen beteiligt.

Den nächsten Newsletter gibt es dann kurz vor Ostern

Die Themen im Einzelnen

- Termine
- Ostermarsch 2017
- Protest gegen Bundeswehrwerbung vor Hildesheimer Hauptschule
- Internationaler Frauentag 2017
- Keine Abschiebung nach Afghanistan!
- Bremerhavener Appell Nein zum Säbelrasseln – Truppenverlegung stoppen!

Mit friedlichen Grüßen
für Friedensbüro und DFG-VK

Ralf Buchterkirchen

Termine

- Fr, 24.2. 19 Uhr Café K, Haltestelle Nieschlagstr., Offenes Treffen (falls geschlossene Gesellschaft im Shandiz gegenüber)
- Di, 7.3. 19 Uhr Pavillon, Friedenspolitischer AK, Thema: Gemeinnützigkeit (s. http://www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de/die-allianz/)
- rings um den 8.3. – zahlreiche Veranstaltungen zum internationalen Frauentag
- Di, 14.3. 19 Uhr kargah, Treffen der DFG-VK Hannover
- Mi, 15.3. 19 Uhr Haus der Jugend, Maschstr., Aktiventreffen
- Fr, 31.3. 19 Uhr Café K, Haltestelle Nieschlagstr., Offenes Treffen (falls geschlossene Gesellschaft im Shandiz gegenüber)

Ostermarsch 2017

Friedensbüro Hannover e.V. und DFG-VK Hannover rufen auf zu Ostermarsch - Demo und -Kundgebung unter dem Motto

Es geht auch anders: Investieren in Frieden und Gerechtigkeit – nicht in Waffen und Krieg

Ostersamstag, 15. April 2017, 11:00 Uhr in der Aegidienkirche: Gedenken, danach Start der Demo durch die Innenstadt, Kundgebung am Steintor ab 12:00 Uhr,dort: Weltmarkt mit vielerlei Informationen

Es sprechen:

- Lühr Henken Friedensratschlag
- Hermann de Boer - AK Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung
- Jessica Lüders - Verdi Jugend- und Auszubildendenvertreterin

Der Aufruf wird unterstützt durch: Hiroshima-Bündnis, AK Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung der ev. Kirchen in Niedersachsen, attac Hannover, Verdi Bezirk Hannover/Leine-Weser, IG Metall, DGB, Bezirksrat Linden-Limmer, VVN/BdA, VEN Nds., Die LINKE.Region Hannover, Die Linke.SDS, Linksjugend, DKP, SDAJ, DIDF, „Kein Militär mehr"– (Stand 16.02.2017)

Aufruf zum Ostermarsch 2017 in Hannover

Wir wollen es anders: Investieren in Frieden und Gerechtigkeit – nicht in Waffen und Kriege

Kriege und Konflikte weltweit!
Armut und Kriege sind die Folgen des globalen Verteilungskampfes. Deutschland und die westlichen Industrienationen sind daran maßgeblich beteiligt. Die Bundesregierung strebt nicht erst seit dem im Juli verabschiedeten Weißbuch 2016 eine führende militärische Rolle überall in der Welt an.

Dies dient nicht dem Frieden in der Welt. Spannungen werden verschärft. Die Gewalt weltweit - auch bei uns - nimmt zu. Deutschland muss auf jegliches militärisches Engagement verzichten und sollte stattdessen eine Vorreiterrolle in ziviler Konfliktbearbeitung übernehmen und die realen Kriegs- und Fluchtursachen bekämpfen helfen. Statt die Militärausgaben entsprechend den NATO-Forderungen fast zu verdoppeln und ein EU-Militärbündnis zu schmieden, sind finanzielle Mittel dringend für zivile und soziale Projekte – auch für den inneren Frieden - erforderlich. Die militärische Ausrüstung der NATO ist aber nicht nur ein finanzielles Problem, sondern sie verschärft bereits vorhandene Spannungen und schafft weitere Kriegsgefahren.

Die NATO zeigt ihren aggressiven Charakter immer deutlicher. Durch provozierende Manöver an der EU-Grenze zu Russland und die Präsenz der NATO in vielen Regionen der Welt unter Einbeziehung der Drohung, auch Atomwaffen als erste einzusetzen, werden neue Kriegsgefahren geschaffen.

Derzeit liegt der UNO-Generalversammlung eine verabschiedete Resolution vor, in der Verhandlungen über ein Verbot von Atomwaffen weltweit noch 2017 gefordert werden. 123 Staaten, und damit eine große Mehrheit der Vereinten Nationen, votierten dafür. 38 Staaten angeführt von Russland, den USA und den meisten NATO-Staaten und auch Deutschland stimmten dagegen, 16 Staaten enthielten sich der Stimme. Endlich haben es die atomwaffenfreien Staaten gewagt, die Atomwaffenstaaten und ihre Alliierten in Fragen bzgl. der Atomwaffen zu überstimmen. Aber: Indem die Bundesregierung

gegen ein Atomwaffenverbot stimmt, stellt sie sich gegen die Einsicht und das Wissen über das Vernichtungspotential der Atomwaffen und die Bedrohung der Existenz jeglichen Lebens auf der Erde. Wir fordern daher:

- Abschaffung aller Atomwaffen und sofortigen Abzug der Atomwaffen aus Büchel
- Stopp aller Auslandseinsätze der Bundeswehr - kein Bundeswehreinsatz im Inneren
- Schluss mit dem Export deutscher Waffen und Einsatz militärisch nutzbarer Drohnen
- Abschaffung der NATO und die Unterstützung aller Schritte auf dem Weg dorthin
- Aufbauhilfen für durch Krieg und Gewalt zerstörte Städte und Staaten
- Grenzen öffnen für Menschen, Grenzen schließen für Waffen! Schaffung sicherer Fluchtkorridore nach Europa
- Keine Werbung fürs Militär an und mit Minderjährigen – Bundeswehr raus aus den Schulen
- Stopp aller Kriegshandlungen in Syrien
- Start von Verhandlungen zum Rückzug aller militärischen und paramilitärischen Einheiten
- Für das Selbstbestimmungsrecht der syrischen Zivilbevölkerung

Gegen Ausbeutung und Unterdrückung für eine gerechte Teilhabe am Reichtum der Welt für alle Länder

Die Ausbeutung von Mensch und Natur führt im globalen Süden zu wachsender Not, Hunger und Verzweiflung – und damit zu Gewalt und Kriegen. Eine der zentralen Voraussetzungen für Frieden, Gerechtigkeit und ein menschenwürdiges Leben ist ein Welthandel, der allen nutzt, statt dem Profit einer kleinen Elite zu dienen.

Durch ungerechte Wirtschaftsverträge, z.B. zwischen der EU und afrikanischen Ländern, profitieren einseitig die reichen Industrienationen, ohne dass gleichzeitig die Entwicklung der afrikanischen Partnerländer angemessen gefördert wird. Die Entwicklungsunterschiede vergrößern sich und die Verarmung nimmt zu. Die Ausbeutung der Ressourcen durch ausländische Kapitalgesellschaften, einschließlich der illegitimen Aneignung von Landflächen, entzieht der einheimischen Bevölkerung ihre Existenzgrundlage und weitere Abhängigkeiten werden erzeugt. Konkurrenz durch subventionierte Agrarprodukte und Exporte schädigen die einheimischen Wirtschaftsstrukturen. Menschen werden so zur Flucht gezwungen.
Wir fordern daher:

- Eine weitgehend lokal organisierte Wirtschaft mit Zugang zu sauberem Trinkwasser
- Für eine gravierende Beschneidung der Rechte global agierender Konzerne, um Ressourcenklau ebenso wie Zerstörung heimischer Märkte zu unterbinden
- Zugang zu Bildung in allen Ländern für alle Menschen
- Für eine nachhaltige Unterstützung für hungernde und an Mangelernährung leidende Menschen, vor allem auch in Flüchtlingslagern

Für eine gerechte und solidarische Gesellschaft bei uns

Viele Produkte, die bei uns (z.T. sehr billig) angeboten werden, sind unter unmenschlichen Bedingungen in Billiglohnländern hergestellt worden (z.B. durch Kinderarbeit). Wenn wir dies nicht wollen und eine gute Bezahlung für gute Produkte wünschen, dann setzt dies gute Löhne und eine umfassende soziale Absicherung voraus. Überall, aber eben auch bei uns, müssen ALLE Menschen in der Lage sein, angemessen zu leben und abgesichert zu sein. Ein gerechtes

Steuersystem und der Verzicht auf Militärausgaben schaffen die notwendigen Voraussetzungen. Erwerbs- und Familienarbeit und kulturell-politische Arbeit muss im Erwachsenenleben gut miteinander verknüpfbar sein. Sinnerfüllte Arbeit mit der Chance auf ein sinnerfülltes Leben könnte politischer Abstinenz und der Empfänglichkeit für rechte Parolen entgegenwirken und Kraft und Zeit für gesellschaftliches Engagement freisetzen.
Wir fordern daher:

- Löhne müssen für ein gutes Leben reichen
- gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ist nötig, kein schlechteres Lohnniveau für „typische Frauenberufe“
- Erwerbs- und Familienarbeit müssen vereinbar sein.
- flächendeckende und bezahlbare Krankenversorgung für alle
- soziale Absicherung für kranke Menschen, Menschen in Not, Menschen, die vor Gewalt fliehen oder denen Altersarmut droht
- gleiche Bildungschancen für alle.

Protest gegen Bundeswehrwerbung vor Hildesheimer Hauptschule

Sogar die freundlichen Polizisten spendeten uns am 9. Februar Lob für unseren Einsatz bei Minusgraden vor der Geschwister-Scholl-Schule in Hildesheim. Dort warb die Bundeswehr mal wieder im Rahmen einer Berufsmesse für den Beruf Soldat. Eine Lehrerin rief uns zu „Wir sind schließlich eine parlamentarische Demokratie. Die Bundeswehr ist ein wichtiger Arbeitgeber für unsere Schüler.“ Wir antworteten: „Schlimm genug, dass es keine besseren gibt!“ Für uns ist Soldat kein „normaler Beruf“, sondern Ausbildung zum Töten und Sterben.

Internationaler Frauentag 2017 - FEMINISMUS - ‚Wie wir leben wollen!‘

Der März ist der Frauenmonat! Mit dem ‚Internationalen Frauentag‘ am 8. März! Auch in diesem Jahr gibt es wieder eine Zeitung und zahlreiche Veranstaltungen vom Hannoverschen Frauenbündnis. Es lohnt sich, sich die Zeitung mit ihrem Programm anzuschauen, sich interessante Veranstaltungen herauszusuchen und sich mit den Themen auseinander zu setzen. Das ist in diesem Jahr die Frage nach feministischen Vorstellungen von jungen und älteren, hier bei uns geborenen und zu uns gekommenen Frauen und das ist das Thema ‚Digitalisierung‘: ist es für Frauen eine Chance oder eine Bedrohung?

Im Anschluss hier einige vom Friedensbüro und der DFG-VK mit vorbereitete Veranstaltungen:

Internationaler Frauentag 2017

Wie wir leben wollen! DEMONSTRATIVER SPAZIERGANG mit KUNDGEBUNGEN
Freitag, 10. März 17.00 Uhr - Weiße-Kreuz-Platz, Kundgebung und von dort über die Lister Meile

HAUPTKUNDGEBUNG am Lister Platz (ca. 17.30) mit Beiträgen, Musik und Aktion

Als Abschluss ein kommunikatives Beisammensein im Frauentreffpunkt, Jakobisstr. 2 (direkt am Lister Platz) mit Musik, Zeit zum Reden und einem Film v. Anne Frisius ‚40 Jahre Frauenhäuser in Bewegung‘

‚Feminismus‘ und unser Kampf für unsere Rechte sind im Jahr 2017 wichtiger denn je!

Ungleiche Bezahlung, Altersarmut, Betroffenheit von Kriegen, Gewalt und Not, Flucht, Unterdrückung und Sexismus sind weltweit nach wie vor und in immer größerem Ausmaß existentielle Themen für Frauen. Wir Frauen erheben weltweit und selbstbewusst unsere Stimme. Bitte kommt und zeigt mit uns, wie

wir Alle uns eine geschlechtergerechte Welt vorstellen! Veranstalterin: Frauenbündnis 8. März zum Internationalen Frauentag

Auf den Spuren antifaschistischer Frauen
Am Sonntag, dem 12. März um 15.00 Uhr und am Freitag, dem 17. März um 17.00 Uhr findet jeweils ein Rundgang statt, der sich ausdrücklich mit der Rolle von Frauen im Widerstand vor und nach 1933 beschäftigt. Die Frauen, von denen exemplarisch die Rede sein wird, werden an Orten, die mit ihrem Leben in Verbindung stehen, anschaulich vorgestellt. Sie waren keine Heldinnen, aber sie haben sich aus politischer Überzeugung und menschlicher Anteilnahme gegen ein unmenschliches System gestellt. Vielfach vergessen, sollen sie in Zeiten wachsender rechter Bewegungen eine Mahnung sein. Treffpunkt: jeweils vor dem DGB-Haus, Otto-Brenner-Straße 1. Führung von Brunhild Müller-Reiß, der Autorin des Buches.

Politik gegen geflüchtete Menschen – Politik gegen Menschen in Not – Um Europa eine Mauer!

„Tausende Menschen haben in zahlreichen Städten gestern 11. 2. 2017) bundesweit für einen sofortigen Abschiebestopp nach Afghanistan demonstriert. Allein in Düsseldorf gingen am Samstag rund 2.000 Demonstranten auf die Straße, in Hamburg nach Polizeiangaben rund 1.500. In Nürnberg waren es bis zu 800, in Augsburg rund 400 Menschen. Proteste gab es auch in Hannover und Erfurt.“ (Quelle: az online.de)

‚Auch in Hannover‘ – ja, auch in Hannover waren wir auf der Straße. Der Flüchtlingsrat Niedersachsen hatte aufgerufen und etwa 5oo Menschen waren gekommen. Leider weniger, als ich erhofft hatte. Aber mit einer guten, kämpferischen Stimmung!

Bei eisiger Kälte begann die Demonstration mit einer Kundgebung am Hauptbahnhof und führte über verschiedene Zwischenstopps wieder zum Bahnhof zurück. Auch wir vom Friedensbüro waren dabei – soweit unsere Kräfte dies neben vielen anderen Aktivitäten ermöglichten. Es wurden zahlreiche Reden gehalten – vor allem auch von Menschen afghanischer Herkunft, die für die deutschen Teilnehmer_innen und Passant_innen kurz übersetzt wurden.

Uns vom Friedensbüro war es besonders wichtig, die Politik gegen afghanische Flüchtlinge, die nur als zynisch zu bezeichnenden Rückführungen in ein von Krieg und Terror gezeichnet Land, einzuordnen in die gesamte gegenwärtige Migrationspolitik von EU und deutscher Regierung.

Dazu haben wir auch einen Redebeitrag gehalten:

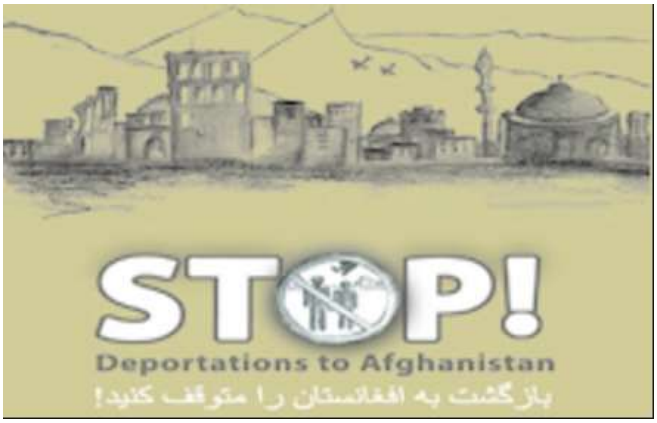
Beitrag – Afghanistan-Demo – 11. 2. 2017
Ich möchte mit meinem Beitrag versuchen, die Abschiebungen nach Afghanistan in die gesamte Asyl- und Flüchtlingspolitik von EU und deutscher Regierung einzuordnen. Solidarität ist international – unser Kampf gegen die derzeit offiziell stattfindende

Asylpolitik muss es auch sein: sie muss die Proteste aller durch Fluchtabwehr und Abschiebungen betroffenen Menschen miteinander verknüpfen!
Nach der ursprünglichen ‚Willkommenspolitik' findet seit längerer Zeit ein unglaubliches Roll-Back statt. Deutschland hat den Flüchtlingsdeal mit der Türkei geschlossen, Verabredungen mit den Maghreb-Staaten getroffen, in denen es vor allem um Grenzkontrollen und die Verhinderung von Flucht und entsprechenden Finanzierungen der jeweiligen Regierungen geht. Wir haben es jetzt zu tun mit den geplanten bzw. schon stattfindenden Abschiebungen nach Afghanistan und wir haben es mit den Verabredungen auf EU-Ebene zu tun, die schlicht darauf hinauslaufen, uns die flüchtenden oder zur Flucht entschlossenen bzw. gezwungenen Menschen vom ‚Halse zu halten'.

Wir haben es zu tun mit Griechenland, das die Flüchtlinge zurücknehmen soll, die auf ihrer Flucht als erstes griechischen Boden betreten haben. Dabei leben in den entsprechenden Lagern ohnehin schon zu viele Menschen in Dreck, Notunterkünften, in Scheiße und Schlamm bei extrem kalter Witterung. Auch Eziden sind betroffen. Nahezu zeitgleich zu unserer Demo hier in Hannover findet gerade eine Demo zum Landtag statt mit dem Motto: STOPPT DIE ABSCHIEBUNGEN VON ÊZÎDEN !!!
Die Tränen der Wut steigen einem in die Augen! Aber Wut allein reicht nicht. Herz und Verstand gehören zusammen – und dann vor allem: Handeln! Dabei muss an 1. Stelle Information stehen: Die letzten Vereinbarungen der EU setzen auf das Krisenland Libyen. Die EU will dafür sorgen, dass künftig weniger Flüchtlinge über das Mittelmeer nach Europa kommen. Auf ihrem Gipfel in Malta haben sich die Staats- und Regierungsoberhäupter auf einen Zehn-Punkte-Plan dazu geeinigt. Obwohl Frau Merkel die Lage der Flüchtlinge in Libyen für „dramatisch" hält, will sie gemeinsam mit der EU Libyen bei Ausbau und Ausrüstung der Küstenwache und den Schutz der Landesgrenze zu Nachbarländern unterstützen. Es geht vor allem um ein wirksames Vorgehen gegen Schleuser und Menschenschmuggler auf der Mittelmeerroute. Ob die Lebensbedingungen für die Flüchtlinge in Libyen mit Geldern an die Regierung verbessert werden können, ist mehr als zweifelhaft. Libyen wird trotz einer im vergangenen Jahr gebildeten Einheitsregierung in weiten Teilen von bewaffneten Milizen kontrolliert. Den Staat Libyen gibt es eigentlich gar nicht, sagen viele Expert_innen.

Scharfe Kritik an der jetzt beschlossenen engeren Kooperation zwischen der EU und Libyen kommt von der Organisation Pro Asyl. Die Organisation spricht von einer "Doppelmauer gegen Schutzsuchende" und einem Verrat an den europäischen Werten: "Die hochgerüstete libysche Küstenwache auf dem Meer sowie die mit EU-Geld aufgerüstete Südgrenze Libyens sind menschenverachtend." Dadurch würden Menschen, die vor der brutalen Militärdiktatur Eritreas oder den Warlords in Somalia fliehen, außerhalb des europäischen Sichtfelds zugrunde gehen.

Aber hier und heute geht es um Afghanistan! Haben die verschiedenen Fluchtorte, Fluchtwege und die deutsche bzw. europäische Politik etwas miteinander zu tun?



Ich denke, das ist für uns Alle offensichtlich! Europa schottet ab! Europa baut Mauern! Nein, nicht wie Trump es an der mexikanischen Grenze beabsichtigt, aber im Effekt vielleicht noch wirksamer! Und: gegen Menschen, die von Not, Tod und Krieg noch mehr bedroht sind! Hören wir auf, immer nur mit dem Finger auf Trump zu zeigen! Nein, wir mögen seine Politik nicht! Und ja: Er muss scharf kritisiert werden!

Aber bleiben wir bei der in unserem Namen vollzogenen Politik!

Hier von unserer Regierung, von den Regierungen der doch immer wieder so hochgelobten EU wird eine Politik angestrebt und z. T. schon durchgeführt, die unbarmherzig, menschenfeindlich und brutal ist. Die unser angebliches ‚Wirtschaftswunderland' vor den ‚Menschenmassen' aus dem Süden, aus Afghanistan und anderen Ländern schützen soll.

Wenn wir keinen Nationalismus wollen, dann müssen wir sagen: Kein ‚America first' – was bei Trump ja auch nur die (weißen) USA meint - , aber vor allem auch: kein ‚Germany first', kein ‚Europe first!'

Es darf nicht um unsere nationalen Interessen gehen, wenn dadurch Menschen sterben, in Not und Krieg oder kriegerische Angriffe geraten oder in Flüchtlingslagern zugrunde gehen!
Wir wollen nicht, dass afghanische Menschen in ein unsicheres, von Terror bedrohtes Land zurückgeschickt werden!
Wir wollen nicht, dass Menschen in ‚gute' und ‚schlechte' Asylbewerber_innen eigeteilt werden.
Wir wollen nicht, dass ‚Terrorabwehr' diejenigen am schärfsten trifft, die selbst vor diesem Terror fliehen!
Wir fordern ein gesichertes Leben für geflüchtete Menschen aus Afghanistan! Für geflüchtete Menschen aus anderen bedrohten Ländern dieser Erde!
Und was die Fluchtursachen betrifft: setzen wir uns ein gegen Krieg, Hunger und Elend – dann werden die Menschen auch wieder gerne in ihren Heimatländern bleiben!
„Um Europa keine Mauer – Bleiberecht für alle – und auf Dauer!"

http://weact.campact.de

Regelmäßige Termine des Friedensbüro Hannover

Friedenspolitischer Arbeitskreis
an jedem 1. Dienstag im Monat 19 Uhr im Pavillon Lister Meile 1)

Aktiventreffen an jedem 3. Mittwoch im Monat um 19 Uhr in Hannover im Haus der Jugend, Maschstr.

Offenes Treffen des Friedensbüros an jedem letzten. Freitag im Monat um 19 Uhr im Café K, Hannover Linden; Pariser Platz

Termine der DFG-VK Hannover

Die Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Ortsgruppe Hannover trifft sich jeden 2.Dienstag im Monat, 19.00 Uhr im Kargah.

Homepage:
http://frieden-hannover.de
http://hannover.dfg-vk.de
http://deserteure-hannover.de

Impressum/Hinweise
Dieser Newsletter erscheint monatlich und wird herausgegeben vom Friedensbüro Hannover und der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) Hannover.

Kritik, Hinweise und Vorschläge bitte an newsletter@frieden-hannover.de
Redaktion: Ralf Buchterkirchen
buchterkirchen@dfg-vk.de

Leider können sich Termine ändern oder verschieben. Aktuelle Informationen finden sich unter www.frieden-hannover.de oder hannover.dfg-vk.de.

Steuerlich abzugsfähige Spenden
Friedensbüro Hannover e.V.
Bank für Sozialwirtschaft,
BIC BFSWDE33HAN
IBAN DE95251205100009453900

Bremerhavener Appell Nein zum Säbelrasseln – Truppenverlegung stoppen!
von Hiltraud Stenzel

Zusammen mit 200-300 Leuten haben wir am 7. Januar bei eisigem Wind und Straßenglätte die Frachter, von denen NATO-Panzer und anderes Kriegsmaterial zurzeit abgeladen werden, besichtigt und unseren Protest kundgetan. Für den reibungslosen Ablauf der Verladung und Transporte bis zu den Bestimmungsorten in Polen und den baltischen Ländern, sorgt ein logistisches Zentrum der Bundeswehr in Garlstedt bei Bremen. Wir folgten damit dem

Bremerhavener Appell - Nein zum Säbelrasseln – Truppenverlegung stoppen!
(Zit. aus dem Flyer)

…

„Die US-Army verlegt ab 6. Januar 2017 eine komplette Panzerbrigade, 4000 Soldatinnen und Soldaten und insgesamt ca. 2000 Haubitzen, Jeeps und LKW über Bremerhaven zu NATO-Manövern, die neun Monate lang in Osteuropa stattfinden sollen. Unser Hafen wird seit Jahrzehnten für den Umschlag von Kriegsgerät aller Art missbraucht. Die jetzigen Transporte sind die umfangreichsten seit dem Ende des Kalten Krieges. Von Bremerhaven geht es mit Zügen, Fahrzeugkolonnen und weiteren Schiffen Richtung Osten. Auch deutsches Militär wird zu den Manövern verlegt. Deutschland wird somit zum Aufmarschgebiet.
Wir lehnen diesen militaristischen Aufmarsch gegen Russland entschieden ab. Die

Konsequenzen dieser Manöver sind kaum absehbar. Die weltpolitische Lage ist angespannt. Das Säbelrasseln der NATO vor der russischen Haustür erhöht die Kriegsgefahr. Das Verlegen der Panzerbrigade ist nicht nur Drohgebärde, sondern konkrete Kriegsvorbereitung. Der stellvertretende Logistikchef des US-Kommandos EUCOM in Stuttgart sagte, es gehe auch darum, nachzuweisen, ob die Kampfkraft zur rechten Zeit an den rechten Platz nach Europagebracht werden könne.
Wir brauchen eine neue Entspannungspolitik statt weiterer Provokationen. Wir wollen

Frieden in Europa und der Welt sowie die Ächtung aller Kriege. Das bereits begonnene neue Wettrüsten wird das Geld verschlingen, das die Menschheit braucht, um Hunger, Not und Klimakatastrophen wirksam zu bekämpfen.“
Da die NATO-Russland-Grundakte von 1997 eine dauerhafte Stationierung von Truppen an der Westgrenze zu Russland verbietet, werden alle 9 Monate die Truppen im Rotationsverfahren ausgetauscht. Die 'schnelle Eingreiftruppe' wird damit in ständiger Gefechtsbereitschaft gehalten.

Wir meinen, durch diese Kriegsvorbereitungen wächst die Gefahr eines militärischen Konflikts mit Russland. Wir können nicht dulden, dass der Norden zum Aufmarschgebiet wird.
Unser Fazit: Von hier und heute muss ein starker und lauter Bürgerprotest ausgehen, gegen Waffentransporte der NATO über deutsche Häfen und durch deutsche Gebiete.